



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

74. Sitzung (öffentlich)

11. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)
Hubert Schulte (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der bisherige Top 9 "Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und anderer Vorschriften" wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen TOP 2 „Geruchsbelästigung durch Firma Givaudan – was unternimmt die Landesregierung?“ als TOP 1 zu behandeln und die ursprünglich unter TOP 1 vorgesehenen Haushaltsberatungen erst anschließend aufzurufen, nachdem geklärt ist, ob den Abgeordneten die Ergänzungsvorlage zugegangen ist.

1 Geruchsbelästigung durch Firma Givaudan – was unternimmt die Landesregierung? 10

Vorlage 14/2899

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) trägt vor.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 14

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Vorlagen 14/2797, 14/2848 und 14/2870

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag der Grünen, die Haushaltsberatungen auf die nächste Sitzung zu vertagen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Grünen zu Einzelplan 10 mit den Nummern 1 bis 27 (siehe Vorlage 14/2973; die Nummern der Anträge entsprechen den Seitenzahlen der Vorlage) werden wie folgt **einzeln abgestimmt**:

Die Anträge Nr. 1 bis Nr. 3 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt

Die Anträge Nr. 4 und Nr. 5 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Die Anträge Nr. 6 bis Nr. 9 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Anträge Nr. 10 bis Nr. 22 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Anträge Nr. 23 bis Nr. 26 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Der Antrag Nr. 27 der Grünen wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Der Einzelplan 03 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

3 Sachstandsbericht: Untersuchungen von Dioxinfunden in Schafshebern 36

Vorlage 14/2902

Der Ausschuss stellt Fragen zur Vorlage.

4 Bisphenol-A-Belastung von Baby-Artikeln 39

Vorlage 14/2901

Die Vorlage wird diskutiert.

5 Nitratbelastung durch Gülleimporte nach Nordrhein-Westfalen 45

Vorlage 14/2898

Der Ausschuss diskutiert über die Vorlage.

6 Vertragsbruch durch die Landesregierung bei den Planungen für die A 33 51

Vorlage 14/2920

Der Ausschuss stellt Fragen.

7 Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine 58

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9760

Der Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/9760 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

8 Gesetz zur Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes 61

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9854

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9854 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zugestimmt.

9 OVG-Entscheidung zum Bebauungsplan für Steinkohlekraftwerk Datteln 63

Der Antrag von Johannes Rimmel, den Wirtschaftsausschuss aufzufordern, die geplante Anhörung nicht nach einer verkürzten Frist von 14 Tagen, sondern nach der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Zeit von vier Wochen durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/2951 den von der SPD-Fraktion beantragten Bericht.

10 Erneute Funde von Gen-Leinsamen in NRW

67

Minister Eckhard Uhlenberg berichtet.

* * *